

Kleine Anfrage

**der Abg. Elke Brunnemer, Karl Klein, Gerhard Stratthaus
und Georg Wacker CDU**

und

Antwort

des Innenministeriums

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Rhein-Neckar-Kreis und im Stadtkreis Heidelberg

Kleine Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchen landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien sind heute die Dienststellen der Polizei im Rhein-Neckar-Kreis und im Stadtkreis Heidelberg jeweils untergebracht?
2. Welche weitere Verwendung für diese Immobilien wurde der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
3. Wann soll eine ggf. geplante Nutzungsaufgabe der Immobilien durch die Polizei jeweils erfolgen?
4. Wie viele Bedienstete der Polizei sind derzeit in den einzelnen Organisationseinheiten im Rhein-Neckar-Kreis und im Stadtkreis Heidelberg jeweils beschäftigt (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei jeweils um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdiensts, in Voll- oder Teilzeit, handelt)?
5. Inwieweit müssen Bedienstete der Polizei im Rhein-Neckar-Kreis und im Stadtkreis Heidelberg damit rechnen, dass ihre Stelle im Zuge der Umsetzung der Polizeireform gegen ihren Willen mit einer anderen Person besetzt wird?
6. Für welche der unter Frage 4 zu nennenden Bediensteten bzw. Gruppe von Bediensteten wird aufgrund der Umsetzung der Polizeireform ihr Arbeitsplatz künftig wegfallen (mit Angabe, wo diese Aufgabe künftig wahrgenommen wird)?

7. Welche Kosten für Personalmaßnahmen (z. B. Trennungsgelder, Umzugskosten etc.) für derzeitige Bedienstete der Polizei im Rhein-Neckar-Kreis und im Stadtkreis Heidelberg wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
8. Welche Investitionen bei Dienststellen der Polizei im Rhein-Neckar-Kreis und im Stadtkreis Heidelberg wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
9. Welche sonstigen Ausgaben, die örtlich im Rhein-Neckar-Kreis oder im Stadtkreis Heidelberg wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
10. Welche reformbedingten Minderbedarfe/Einnahmen, die örtlich im Rhein-Neckar-Kreis oder im Stadtkreis Heidelberg wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt (mit Angabe, zu welchem Zeitpunkt diese Einnahme wirksam wird)?

31.01.2013

Brunnemer, Klein, Stratthaus, Wacker CDU

Antwort

Mit Schreiben vom 25. Februar 2013 Nr. 3-112/45/450 beantwortet das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

1. In welchen landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien sind heute die Dienststellen der Polizei im Rhein-Neckar-Kreis und im Stadtkreis Heidelberg jeweils untergebracht?
2. Welche weitere Verwendung für diese Immobilien wurde der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 1. und 2.:

Gemeinde	Anschrift	L/A*	heutige Dienststelle	weitere Verwendung
Heidelberg	Römerstraße 2–4	L	Polizeidirektion, Polizeirevier	Regionalpräsidium Mannheim, Polizeirevier
Heidelberg	Rohrbacher Straße 11	L	Polizeidirektion	Regionalpräsidium Mannheim
Heidelberg	Redtenbacher Str. 8	A	Polizeidirektion	Regionalpräsidium Mannheim
Heidelberg	Hebelstraße 22	A	Polizeidirektion	Regionalpräsidium Mannheim
Heidelberg	Sickingen Str. 63–65	A	Polizeidirektion	Regionalpräsidium Mannheim

Gemeinde	Anschrift	L/A*	heutige Dienststelle	weitere Verwen- dung
Heidelberg	Gleisdreieck 7/ Hebel- straße 2	L	Einsatztrainingszentrum	Verkauf nach Freimachung
Heidelberg	Furtwängler Str. 11	A	Polizeirevier Heidelberg-Nord	wie bisher
Heidelberg	Emmertsgrundpassage 1	A	Polizeiposten	wie bisher
Heidelberg	Bürgerstraße 47/ Heinrich-Fuchs-Str. 99	L	Polizeirevier Heidelberg-Süd	wie bisher
Heidelberg	Adlerstraße 1/4	A	Polizeiposten	wie bisher
Heidelberg	Schloßberg 1	L	Polizeirevier Heidelberg-Mitte	wie bisher
Heidelberg	Bismarckplatz 1	A	Polizeiwache	wie bisher
Heidelberg	Vangerowstraße 10	L	Wasserschutzpolizeirevier	wie bisher
Angelbachtal	Schloßstraße 1	A	Polizeiposten	wie bisher
Brühl	Hauptstraße 1	A	Polizeiposten	wie bisher
Eberbach	Kellereistraße 33	L	Polizeirevier, Kriminalaussenstelle	Polizeirevier
Edingen	Hauptstraße 44	A	Polizeiposten	wie bisher
Eppelheim	Schulstraße 1	A	Polizeiposten	wie bisher
Heddesheim	Beindstraße 19	A	Polizeiposten	wie bisher
Hemsbach	Hildastraße 12	A	Polizeiposten	wie bisher
Hockenheim	Werderstraße 8–10	L	Polizeirevier	wie bisher
Ketsch	Schwetzingen Straße 30	A	Polizeiposten	wie bisher
Ladenburg	Bahnhofstr. 20–22	L	Polizeirevier	wie bisher
Ladenburg	Bahnhofstraße 24	A	Polizeirevier, Kriminalaussenstelle	Polizeirevier
Leimen	Schwetzingen Straße 2	A	Polizeiposten	wie bisher
Meckesheim	Steingasse 7	A	Polizeiposten	wie bisher
Mühlhausen	Schulstraße 6	A	Polizeiposten	wie bisher
Neckargemünd	Bahnhofstraße 39	L	Polizeirevier	wie bisher
Neulußheim	Hockenheimer Str. 29	A	Polizeiposten	wie bisher
Sandhausen	Kleegartenstraße 4	A	Polizeiposten	wie bisher
Schönau	Kirchgasse 2	A	Polizeiposten	wie bisher
Schriesheim	Friedrichstraße 28–30	A	Polizeiposten	wie bisher
Schwetzingen	Carl-Theodor-Straße 8	L	Polizeirevier, Kriminalaussenstelle	Polizeirevier
Sinsheim	Wilhelmstraße 7	L	Polizeirevier, Kriminalaussenstelle	Polizeirevier, Poli- zeiärztlicher Dienst
Sinsheim	Steinberg Str. 23	A	Autobahnpolizeirevier	wie bisher
St. Leon-Rot	Rathausstraße 2	A	Polizeiposten	wie bisher
Waibstadt	Neidensteiner Str. 1	A	Polizeiposten	wie bisher

Gemeinde	Anschrift	L/A*	heutige Dienststelle	weitere Verwend- ung
Walldorf	Josef-Reifert-Straße 1 b	L	Polizeihundeführerstaffel, Autobahnpolizeirevier	wie bisher
Walldorf	Nußlocher Str. 45	A	Polizeiposten	wie bisher
Weinheim	Am Hauptbahnhof 4	L	Polizeirevier, Kriminalaussenstelle	Polizeirevier
Wiesloch	Schloßstraße 11–13	L	Polizeirevier	wie bisher
Wiesloch	Bergstr. 18, 20	A	Polizeirevier, Kriminalaussenstelle	Polizeirevier

*L: Landeseigen
A: Anmietung

3. Wann soll eine ggf. geplante Nutzungsaufgabe der Immobilien durch die Polizei jeweils erfolgen?

Zu 3.:

Eine Nutzungsaufgabe kann erfolgen, sobald die notwendigen Arbeitsplätze am künftigen Standort zur Verfügung stehen. Nach den Erhebungen, die im Zuge der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zur Polizeistrukturreform in einem ersten Schritt durchgeführt wurden, werden dazu teilweise Anpassungsarbeiten an Bestandsgebäuden, Neubaumaßnahmen oder Anmietungen erforderlich. Die notwendigen Maßnahmen müssen jetzt im weiteren Verfahren konzeptionell, planerisch und kostenmäßig konkretisiert werden. Die Umsetzung wird dann nach Dringlichkeitsgesichtspunkten und im Rahmen der jeweiligen haushaltsrechtlichen Ermächtigung erfolgen.

4. Wie viele Bedienstete der Polizei sind derzeit in den einzelnen Organisationseinheiten im Rhein-Neckar-Kreis und im Stadtkreis Heidelberg jeweils beschäftigt (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei jeweils um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdiensts, in Voll- oder Teilzeit, handelt)?

Zu 4.:

Die Personalstärke der Polizeidirektion Heidelberg – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	1.375	1.265	110
Schutzpolizei	1.032	974	58
Kriminalpolizei	191	180	11
Nichtvollzug	152	111	41

Die Personalstärke des Polizeipräsidiums Mannheim – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	76*	63	13
Schutzpolizei	62	55	7
Kriminalpolizei	9	8	1
Nichtvollzug	5		5

* Polizeireiver und Kriminalaussenstelle Ladenburg

5. Inwieweit müssen Bedienstete der Polizei im Rhein-Neckar-Kreis und im Stadtkreis Heidelberg damit rechnen, dass ihre Stelle im Zuge der Umsetzung der Polizeireform gegen ihren Willen mit einer anderen Person besetzt wird?

Zu 5.:

Durch die Auflösung der bestehenden Organisationen wird es die bisherigen Stellen und Funktionen in der neuen Struktur so nicht mehr geben. Erforderliche Personalumsetzungen orientieren sich zwar an den dienstlichen Erfordernissen, wobei im Rahmen personalwirtschaftlicher Maßnahmen weitgehend der Grundsatz „Personal folgt Aufgabe“ zum Tragen kommen wird, erfolgen aber möglichst sozialverträglich.

Es ist beabsichtigt, den eigentlichen Personalmaßnahmen ein Interessenbekundungsverfahren (IBV) vorzuschalten. Dieses ist ein strukturiertes Verfahren, in dem neben Verwendungswünschen und Negativabgrenzungen auch soziale und wirtschaftliche Belange der Beschäftigten erhoben werden, um sie im Rahmen der zu treffenden Versetzungsentscheidungen angemessen berücksichtigen zu können. Das IBV dient dazu, die Grundlagen dafür zu schaffen, möglichst persönliche Härten zu vermeiden. Den persönlichen Anliegen der betroffenen Beschäftigten soll möglichst entgegengekommen werden. Dienstliche und fachliche Belange zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs und zur Umsetzung der Reformziele müssen letztlich einzelfallbezogen mit den persönlichen Interessen der Beschäftigten abgewogen werden.

6. Für welche der unter Frage 4 zu nennenden Bediensteten bzw. Gruppe von Bediensteten wird aufgrund der Umsetzung der Polizeireform ihr Arbeitsplatz künftig wegfallen (mit Angabe, wo diese Aufgabe künftig wahrgenommen wird)?

Zu 6.:

Ein großer Teil der Angehörigen der Polizei ist nicht von einem Arbeitsplatzwechsel betroffen. So verbleiben beispielsweise die Beschäftigten der Polizeireviere, der Polizeiposten, der künftigen Kriminalkommissariate sowie jene Beschäftigte aus dem Leitungs- und Querschnittsbereich, die bereits derzeit am neuen Standort der künftigen regionalen Polizeipräsidien Dienst verrichten, am bisherigen Dienstort. Hinzu kommen die Beschäftigten der Verkehrspolizei, deren Präsenz am bisherigen Dienstort auch weiterhin erforderlich ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann in Anbetracht des noch bevorstehenden Interessenbekundungsverfahrens (IBV) keine valide Aussage zu den im Ergebnis tatsächlich von einem Dienstortwechsel betroffenen Beschäftigten und deren künftigen Arbeitsplatz getroffen werden.

Um einen ersten Anhaltspunkt zur möglichen Anzahl der betroffenen Beschäftigten zu erhalten, konnte die vorläufige Erhebung nur unter Berücksichtigung des Grundsatzes „Personal folgt Aufgabe“ durchgeführt werden. Die genaue Größe und Zusammensetzung der tatsächlich betroffenen Beschäftigungsgruppe lässt sich jedoch aufgrund der noch ausstehenden Erkenntnisse aus dem IBV und deren

Berücksichtigung im Zuge der sozialverträglichen Umsetzung nicht bestimmen. Das Personalkonzept des Polizeipräsidiums Mannheim geht derzeit bei rund 140 Beschäftigten der ehemaligen Polizeidirektion Heidelberg von einem Dienstortwechsel über den bisherigen Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion hinaus aus.

7. Welche Kosten für Personalmaßnahmen (z. B. Trennungsgelder, Umzugskosten etc.) für derzeitige Bedienstete der Polizei im Rhein-Neckar-Kreis und im Stadtkreis Heidelberg wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 7.:

Für Personalmaßnahmen sind Kosten für Telearbeitsplätze, Trennungsgeld und Umzugskosten in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eingeflossen. Landesweit wurde von 200 zusätzlichen Telearbeitsplätzen ausgegangen. Dafür entstehen Kosten von 1.200 Euro pro Jahr und Telearbeitsplatz. Diese Kosten wurden im Zeitraum von 2014 bis 2017 in die Kalkulation eingerechnet.

Die Kalkulation für Trennungsgeld und Umzugskosten basiert auf einer Erhebung auf Grundlage der Planungen mit Stand November 2012. Diese ergab, dass im Rhein-Neckar-Kreis und im Stadtkreis Heidelberg voraussichtlich rund 140 Beschäftigte ihren bisherigen Dienstbereich verlassen werden. Aufgrund der anzunehmenden Verteilung der Wohnsitze der Beschäftigten wurde für die Hälfte dieser Beschäftigten ein Pauschalbetrag von jeweils 5.000 Euro in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eingerechnet. Die Höhe des Pauschalbetrags entspricht den Erfahrungswerten aus der Verwaltungsstrukturreform.

8. Welche Investitionen bei Dienststellen der Polizei im Rhein-Neckar-Kreis und im Stadtkreis Heidelberg wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 8.:

Für bauliche Investitionen bezogen auf den Stadtkreis Heidelberg und dem Rhein-Neckar-Kreis wurde ein Betrag von jeweils 0,5 Mio. Euro in die Kostenkalkulation eingestellt.

9. Welche sonstigen Ausgaben, die örtlich im Rhein-Neckar-Kreis oder im Stadtkreis Heidelberg wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 9.:

Im Rahmen der Umsetzung der Polizeistrukturereform sind durch die Bündelung und Verlagerung von Aufgaben (IuK-)Arbeitsplatzumzüge erforderlich. Auf Basis der momentanen Planungen sind im Rhein-Neckar-Kreis und im Stadtkreis Heidelberg rund 130 (IuK-)Arbeitsplätze (brutto) umzuziehen. Zur Ermittlung der einmaligen voraussichtlichen Umzugskosten wurden 300 Euro pro Arbeitsplatz zugrunde gelegt, wie sie z. B. beim Umzug des Regierungspräsidiums Stuttgart entstanden sind.

Darüber hinaus erfordert die Umsetzung der Polizeistrukturereform, dass zahlreiche IT-Fachverfahren sowie weitere technische Geräte und Ausstattungsgegenstände den neuen organisatorischen Strukturen angepasst werden. Hierfür wurden insgesamt 1,5 Mio. Euro sowie für aktuell noch nicht absehbare Kostenfaktoren insgesamt 1,0 Mio. Euro in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einberechnet. Diese Kosten können nicht landkreisscharf aufgeteilt werden.

10. Welche reformbedingten Minderbedarfe/Einnahmen, die örtlich im Rhein-Neckar-Kreis oder im Stadtkreis Heidelberg wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt (mit Angabe, zu welchem Zeitpunkt diese Einnahme wirksam wird)?

Zu 10.:

Bezogen auf den Rhein-Neckar-Kreis bzw. im Stadtkreis Heidelberg belaufen sich die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen voraussichtlich auf rund 1 Mio. Euro. Der Zeitpunkt der Wirksamkeit der Minderbedarfe bzw. Einnahmen steht in Abhängigkeit von der tatsächlichen liegenschaftlichen Realisierung (siehe Ausführungen zu Ziffer 3).

Gall

Innenminister